



Gutes Klima für Veränderungen in der Agrarpolitik

Klimaschutz als Auslöser einer neuen agrarpolitischen Auseinandersetzung

von Lutz Ribbe

Die dramatischen Berichte des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) über die Folgen des Klimawandels auf Gesellschaft und Wirtschaft haben mittlerweile die Politiker weltweit aufgerüttelt. Der Klimaschutz ist zu einem die Tagespolitik beeinflussenden Thema geworden. Nach und nach werden die politischen Handlungsfelder nicht nur abgesteckt, sondern es wird partiell sogar mit der Umsetzung von Maßnahmen begonnen. Zwar ist die Landwirtschaft vom „Klimapaket“ der Bundesregierung bisher nur am Rande betroffen, ihre Rolle als Opfer und insbesondere auch Täter im Prozess des Klimawandels rückt jedoch immer mehr in den Fokus der (agrar-)politischen Debatten. Der folgende Beitrag gibt Antworten auf die Fragen: Wie hoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der Klimabelastung wirklich? Wo kommen die Emissionen her? Und was kann getan werden? Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die Erfordernisse aus dem Klimaschutz eine neue agrarpolitische Auseinandersetzung hervorgebracht haben respektive hervorbringen werden, die die Diskussionen der nächsten Jahre prägen wird.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen (THG) bis zum Jahr 2020 um knapp 40 Prozent zu reduzieren. Sie hat dafür ein entsprechendes Maßnahmenpaket verabschiedet, um dieses vergleichsweise hohe Zwischenziel zu erreichen (1). Dieses Maßnahmenpaket wurde, allen Kritikern zum Trotz, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung als ein positives Konjunkturprogramm bewertet. 40 Prozent THG-Reduktion ist also ohne große wirtschaftspolitische Einbrüche machbar, sogar bei Vollzug des Beschlusses zum Atomausstieg!

Schaut man sich das Maßnahmenpaket genauer an, so fällt auf, dass sich die Regierung extrem stark auf stationäre Emissionsquellen und technische Optimierungen (z. B. bei Fahrzeugen) konzentriert: da werden entsprechende Effizienzsteigerungen in der Industrie angestrebt, der Einsatz regenerativer Energien wird massiv ausgebaut und Häuser sollen besser isoliert werden.

Im Mittelpunkt des politischen Agierens steht Bundesumweltminister Gabriel. Sein Ziel ist es, eine „Ökologische Industriegesellschaft“ zu schaffen. Der bis November 2008 amtierende Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und seine Nachfolgerin Ilse Aigner sowie Verkehrsminister Tiefensee konnten sich bisher mehr oder weniger beruhigt im Sessel zurücklehnen. Wirkli-

che „Eingriffe“ in deren Politikbereiche sind im Klimapaket nicht vorgesehen, es tangiert sie nur marginal. Es wird sogar versucht, aus der Klimaproblematik ein „Weiter So“ ihrer Politik herzuleiten, indem der Gesellschaft suggeriert wird, dass nur mit einer europäischen Intensivlandwirtschaft die Lösung der globalen Hunger- und Energie-/Klimakrise herbeigeführt werden kann.

Die simple Botschaft lautet: Man muss nur die Produktivität in der europäischen Landwirtschaft weiter erhöhen, die Produzenten von allen Fesseln wie Milchquoten oder „übertriebenen Umweltauflagen“ befreien, und schon könne der Hunger in der Dritten Welt sowie der Durst aller Autos auf wunderbar nachhaltige Art und Weise gestillt werden. An unseren Strukturen braucht man nichts ändern, über eine andere Verkehrspolitik braucht nicht nachgedacht werden, wenn Erdöl in möglichst hohen Chargen durch „Bio“-Kraftstoffe ersetzt wird. Den Autos kann man so einen CO₂-Bonus gewähren (und ein grüneres Image verpassen) und den Bauern winken neue, sprudelnde Einkommensquellen. Auch die Mineralölindustrie kann sich die Hände reiben, denn deren Monopolstellung würde über den Beimischungszwang verfestigt. Eine Win-Win-Situation nennt man all dies neudeutsch, und so ist die Welt in den Köpfen dieser Politiker in Ordnung.

Eine kritische Debatte begann

Doch die Gesellschaft vertraut nicht mehr den Versprechungen und der Gestaltungskraft der Politiker mit ihren einfachen Lösungen. Es ist ein riesiger Erfolg der Umwelt-, Entwicklungs- und alternativen Agrargruppen, dass global eine kritische gesellschaftliche Debatte über die Rolle der Landwirtschaft in der Klimapolitik begonnen hat. Während die Politiker noch versuchen, die Probleme kleinzureden, wurde haarklein aufgezeigt, dass das noch vorherrschende Denkmodell zumindest bei den Agro-Kraftstoffen so nicht funktioniert.

Über die Auseinandersetzung um die sozialen und ökologischen Folgen eines ungezügelter Anbaus von Rohstoffen für Agro-Kraftstoffe in Indonesien, Thailand und Brasilien kam nach und nach auch die europäische Landwirtschaft in den Fokus klimapolitischer Überlegungen. Plötzlich regt die EU-Kommission in ihren Vorstellungen zum „Gesundheits-Check der GAP“ an, einen Teil der Direktzahlungen an die Bauern in die Zweite Säule umzuschichten, um so den „neuen Herausforderungen“ wie Klimaschutz und Biodiversität zu begegnen. Auch im Bundeslandwirtschaftsministerium begann ein heftiges Rechnen und Recherchieren, unter anderem zu der Frage, ob gegebenenfalls der Ökologische Landbau eine klimapolitisch bessere Alternative wäre als die konventionelle Intensivlandwirtschaft. Zwar gibt es offizielle öffentliche Verlautbarungen aus dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMEVL) bis dato noch nicht, wohl aber einen hochinteressanten internen Bericht an die Agrarministerkonferenz, die Ende September 2008 tagte. Dieser Bericht hat eine nähere Betrachtung in diesem Artikel verdient.

Die beginnende Auseinandersetzung über die Frage, ob und wie die Landwirtschaft unser Klima beeinflusst, rief natürlich auch den Deutschen Bauernverband und seinen europäischen Dachverband COPA auf die politische Bühne. Als bald kamen die zu erwartenden Reaktionen: Ja, die arme Landwirtschaft wird unter den Folgen des Klimawandels leiden, gebt uns öffentliche Gelder, um diese abzumildern. Ja, selbstverständlich kann die Landwirtschaft Beiträge zum Klimaschutz leisten, zum Beispiel indem sie Biomasse zur Verfügung stellt. Gebt Geld auch hierfür. Na klar, die Landwirtschaft ist eine CO₂-Senke, das liegt doch in der Natur der Sache, denn Pflanzen brauchen nun mal CO₂ zum Wachstum. Unsere Weste ist rein und unsere Klimabilanz positiv, Punkt! Über eine Änderung der Ausrichtung der Landwirtschaft braucht daher gar nicht erst nachgedacht werden.

Als beispielsweise der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss auf Bitten der französischen EU-Präsidenschaft sich Anfang 2008 des Themas „Landwirtschaft und Klima“ in einer sogenannten Sondierungs-

stellungnahme annahm und in seinen ersten Entwürfen feststellte, dass die Landwirtschaft nicht nur Opfer, sondern auch Täter ist, schrillten bei den Agrarlobbyisten die Alarmglocken. Bloß keine kritischen Verlautbarungen in die Öffentlichkeit dringen lassen, lautete die Botschaft an ihr verzweigtes Netzwerk. E-Mails wurden versandt mit dem klarem „Auftrag“, dafür zu sorgen, dass diese kritische Stellungnahme niemals das Licht der Welt erblickt. Es sollte ein vergeblicher Aufruf gewesen sein. Die Klimaschutzfrage hat die europäische Landwirtschaft und die Agrarpolitik erreicht.

Die Landwirtschaft als Opfer des Klimawandels

Das Prinzip der Landwirtschaft besteht bekanntermaßen in einer systematischen Nutzung der Sonnenenergie über die Photosyntheseleistung der Pflanzen. So wird menschlich nutzbare Energie in Form von Nahrungsbeziehungsweise Futtermitteln gewonnen. Die Landwirtschaft ist somit der Wirtschaftsbereich, der wohl am intensivsten von natürlichen Gegebenheiten und somit auch von Klimabedingungen abhängig ist, der diese nutzt, verändert und aktiv gestaltet. Die gegebenen klimatischen Bedingungen, die in Europa bislang weitgehend gut für die Landwirtschaft waren, sind folglich ein entscheidender Faktor für die sehr unterschiedlich strukturierte und sehr vielfältige Landwirtschaft. Dies bedeutet aber auch, dass eine Veränderung der Bedingungen Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die damit verbundenen ökologischen, ökonomischen und sozialen regionalen Strukturen haben muss.

Die zu erwartenden Klimaveränderungen in Europa, besonders der zu erwartende Temperaturanstieg, mehr noch aber die veränderten Niederschlagsmengen werden die Landwirtschaft in vielen Regionen Europas in einem möglicherweise verheerenden Ausmaß treffen. Es kann keinesfalls mehr ausgeschlossen werden, dass speziell in Südeuropa lang anhaltende Trockenheiten bis hin zu Dürren und möglichen Wüstenbildungen die landwirtschaftliche Produktion möglicherweise völlig unmöglich machen werden. Der Wirtschaft in diesen Regionen drohen massive Einbrüche, und selbst in den weniger dramatisch betroffenen Regionen (wie zum Beispiel Deutschland) werden die veränderten Niederschlagsereignisse Wirkungen zeigen.

Die Landwirtschaft wird also mehr oder weniger massiv vom Klimawandel negativ betroffen sein. In dieser Rolle des Opfers lebt es sich für die Agrarlobbyisten nicht schlecht. Sie versuchen, Mitleid zu ernten und fordern gleichzeitig Anpassungsstrategien ein, die das bisherige Systems nicht in Frage stellen, sondern konservieren sollen. Für Spanien wird über großräumige Bewässerungssysteme nachgedacht, die Saatgutherstel-

ler versprechen der Gesellschaft klimaresistente Sorten (und sich ein großes Geschäft) und die Agrarpolitiker werden zum Nachdenken über Kompensationen sowie staatliche Ernteausfallversicherungen angeregt.

Der Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel

In der Rolle des Täters sieht die Welt schon anders aus. Doch: wie hoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der Klimabelastung wirklich? Wo kommen die Emissionen her? Was kann getan werden?

Es sind im Kern vier Sachverhalte, die innerhalb der Landwirtschaft von besonderer Klimarelevanz sind:

- die Landnutzungsänderungen (die Umwandlung von Wäldern, Mooren, feuchten Flächen oder Grünland in Ackerland),
- die Treibhausgase, die von landwirtschaftlich genutzten Böden und Nutztieren ausgehen,
- der Energieaufwand im und auf dem landwirtschaftlichen Betrieb sowie in den vor- und nachgelagerten Bereichen sowie
- die Klimabilanz bei Produktion von Biomasse für Energiezwecke.

Die EU-Kommission beziffert den Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgasemissionen in Europa auf insgesamt neun Prozent, wobei sie für Deutschland einen Anteil von sechs Prozent, für Irland einen Anteil von

Tab. 1: THG-Emissionen in der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft in Millionen Tonnen

		CO ₂	CH ₄	N ₂ O	insgesamt
		in CO ₂ -Äquivalenten			
Vorleistungen der Landwirtschaft	geschätzt (1999)				45,3
Strom		3			3
Dünger		8,4		7,9	16,3
Futtermittel					13
Maschinen, Gebäude, andere Vorleistungen		13			13
Landwirtschaft	CRF-Kategorie (2005)				111,6
Direkter Energieverbrauch (Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei)	1.A4c	6,4	0,03	0,03	6,5
Verdauung	4.A		18,3		18,3
Wirtschaftsdüngermanagement	4.B		5,0	3,0	8,0
Landwirtschaftliche Böden	4.D		-0,6	37,8	37,2
Landnutzung/Landnutzungswandel: Ackerland	5.B	25,0			25,0
Landnutzung/Landnutzungswandel: Grünland	5.C	16,6			16,6
<i>darunter Emissionen aus Moornutzung</i>	<i>4.D, 5.B, 5.C</i>	<i>36,9</i>		<i>5,1</i>	<i>42,0</i>
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Getränken (UGR, 2005)					10,7
Handel	Kramer et al. (1994)				35,0
Verpackung		13,4			13,4
Gütertransporte		10,1			10,1
Gebäudeunterhaltung/Lagerhaltung		11,5			11,5
Haushalt	Kramer et al. (1994)				75,0
Wald	CRF-Kategorie (2005)				-78,7
Landnutzung/Landnutzungswandel					
Verbleibende Waldfläche	5.A	-74,1			-74,1
Neuwaldflächen	5.A	-4,7			-4,7

Quelle: BMELV-Bericht an die Agrarministerkonferenz; die Angaben in Spalte 2 verweisen auf die jeweilige Quelle beziehungsweise die Methodik/Kategorien, nach denen Emissionen erfasst werden; UGR ist die Umweltökonomische Gesamt-Rechnung des Statistischen Bundesamtes; CRF (Common Reporting Format) bezieht sich auf die Methodik der IPCC-Richtlinien.

über 20 Prozent sieht. Für ihre Berechnung verwendet sie die Berechnungsmethode, die vom Weltklimarat (IPCC) erarbeitet wurde. Allerdings erfasst diese Methode weder die Emissionen, die aus Landnutzungsänderungen resultieren, noch ordnet sie den Energieaufwand für die Herstellung von Düngern und Pflanzenbehandlungsmitteln oder den von Traktoren benötigten Treibstoff der Landwirtschaft zu. Dünger und Pestizide werden als Industrieemissionen, der Dieselverbrauch als Verkehrsbelastung gewertet. Erforderlich ist also ein wesentlich genaueres Hinschauen.

Die Situation in Deutschland

In Deutschland wurden im Jahr 2005 nach Angaben des Umweltbundesamtes insgesamt 873 Millionen Tonnen CO₂ in die Umwelt entlassen. Auch hierin sind die Emissionen, die aus der Landnutzung, aus Landnutzungsänderungen und der Forstwirtschaft resultieren, nicht (!) eingerechnet.

Die Treibhausgasemissionen in Deutschland durch die Agrar- und Ernährungsindustrie belaufen sich nach Berechnungen des BMELV (2) (Tab. 1) auf rund 200 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (CO₂äq) (3). Mehr als 20 Prozent davon (45,3 Millionen Tonnen CO₂äq) entfallen auf „Vorleistungen der Landwirtschaft“, worunter das BMELV Strom (3 Millionen Tonnen CO₂äq), die Düngerproduktion (16,3 Millionen Tonnen CO₂äq), Futtermittel (13 Millionen Tonnen CO₂äq) sowie Maschinen, Gebäude etc. (ebenfalls 13 Millionen Tonnen CO₂äq) subsummiert. Das BMELV betont, dass es sich hierbei um ältere Schätzwerte handelt, die aber auch die Importfuttermittel einbeziehen. Ob allerdings die bei der Produktion der Importfuttermittel eventuell anfallenden Emissionen aus Landnutzungsänderungen (zum Beispiel Regenwaldzerstörung für Soja-Anbau im Amazonasbecken) dabei eingerechnet sind, wird nicht erwähnt, darf aber mehr als bezweifelt werden. Der Wert dürfte deshalb vermutlich weit höher liegen als angegeben.

Der größte Teil der in Deutschland im Bereich der Ernährungs- und Agrarwirtschaft anfallenden Treibhausgase, nämlich weit über die Hälfte, sind direkt der landwirtschaftlichen Produktion zuzuordnen. In seinem internen Bericht für die Agrarministerkonferenz schreibt das BMELV: „Die Landwirtschaft sowie die landwirtschaftliche Flächennutzung verursachten im Jahr 2005 THG-Emissionen in Höhe von rund 111 Mt CO₂äq mit rund 42 Mt CO₂äq aus meliorierten und als Acker- oder Grünland genutzten Moorböden, rund 37 Mt CO₂äq Lachgasemissionen aus der Düngung landwirtschaftlicher Böden und aus landwirtschaftlichen N-Überschüssen sowie rund 18 Mt CO₂äq Methanemissionen aus tierischer Verdauung als wichtigste Einzelpositionen.“ (4)

Besonders die 42 Millionen Tonnen CO₂äq aus meliorierten und als Acker- oder Grünland genutzten Moorböden zeigen, wie eng der Naturschutz mit dem Klimaschutz verzahnt sein kann. Setzt man diese 42 Millionen in Relation zu den 873 Millionen Tonnen CO₂, die jährlich in Deutschland insgesamt emittiert werden, ergibt sich ein Anteil von rund fünf Prozent der nationalen Klimabelastung aus der aus Naturschutzgründen weitgehend erfolglos angeprangerten Entwässerung und intensiveren Nutzung der Moorböden! Sie machen gerade einmal acht Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) Deutschlands aus.

Allein diese Zahl macht zweierlei deutlich: nämlich dass erstens die geführte Diskussion um die Abholzung der Regenwälder am Amazonas oder in Indonesien als eine Debatte um die Zerstörung von Kohlenstoffspeichern auch in Europa intensiv zu führen ist, und dass zweitens der Naturschutz und der Klimaschutz auf das Engste miteinander verzahnt sind. Denn diese genannten Kohlenstoffspeicher, ob Urwälder oder Feuchtgebiete, sind die Hot-Spots der Biodiversität.

Kohlenstoffspeicher erhalten

Das Klimaproblem auf unserem Planeten resultiert daraus, dass der über Jahrmillionen gespeicherte Kohlenstoff durch menschliche Aktivitäten freigesetzt wird. Sechs große Kohlenstoffspeicher sind klimapolitisch zu betrachten:

- die Erdölvorräte,
- die Kohle- und
- Erdgasvorkommen,
- die oberirdische Biomasse (zum Beispiel die Wälder),
- der in Böden gespeicherte Kohlenstoff sowie
- die Ozeane.

Die Landbewirtschaftung tangiert primär die oberirdische Biomasse und die Böden. Da das landwirtschaftliche Prinzip darin besteht, die produzierte Biomasse jährlich zu ernten, schafft die Landwirtschaft keine relevanten neuen oberirdischen Kohlenstoffspeicher in Form von Biomasse. Ein Faktum, das dem Bauernverband bislang nicht so recht einleuchten will.

Die Umwandlung von Wäldern, Mooren und Grünland zu Ackerland führt zu einer zum Teil massiven Freisetzung von Kohlenstoff, denn Ackerböden weisen vergleichsweise geringe Kohlenstoffgehalte auf. Für eine klimaschonende Landwirtschaft in Europa muss deshalb gelten, dass jene Flächen, die noch über hohe Kohlenstoffvorräte verfügen, erhalten werden müssen. Doch wer mit offenen Augen durch die europäischen Kultur- und Agrarlandschaften fährt, sieht, welche Form von

Flächennutzung heute ökonomisch interessant oder uninteressant ist beziehungsweise agrarpolitisch verfolgt wurde. Im BMELV-Beamtendeutsch wird dies so formuliert: Es gilt „zu berücksichtigen, dass die Minimierung der THG-Emissionen aus betriebsökonomischer Sicht bislang nicht zu den Unternehmenszielen gehörte“.

Aber auch das BMELV hat mittlerweile erkannt, dass „die Landwirtschaft . . . durch eine auf den Schutz von Bodenkohlenstoff ausgerichtete Landnutzung maßgeblich zur Minderung der THG-Emissionen beitragen [kann]. Entsprechende Maßnahmen der Landwirtschaft sind oft mit Nutzungseinschränkungen, wie insbesondere dem Verzicht von Grünlandumbruch oder der Wiedervernäsung von Moorböden, und Ertragsminderungen beziehungsweise höherem Aufwand verbunden.“ Weiter heißt es: „Ein Schutz von Grünlandflächen vor Pflügen und Umwandlung in Ackerland vermeidet diese CO₂- und N₂O-Emissionen, mit positiven Effekten für den Gewässerschutz (Nitratauswaschung) und den Naturschutz (Grünland als Lebensraum).“

Und weil dies so ist, müssen „... durch geeignete Förderinstrumente Anreize geschaffen werden, damit entsprechende Bewirtschaftungsmethoden angewendet werden“. Die Agrarminister von Bund und Ländern haben diesen Bericht mit all seinen Botschaften zur Kenntnis genommen. Übrigens: in der gleichen Sitzung wurden die Vorschläge der EU-Kommission, im Rahmen des sogenannten „Health Checks der GAP“ entsprechende Förderinstrumente durch Umschichtungen im Agrarhaushalt der EU zu schaffen, entschieden abgelehnt!

Fleisch und rülp sende Kühe als Klimakiller?

18 Millionen Tonnen CO₂äq stammen aus den Verdauungsorganen unserer Nutztiere. Auf der Suche nach dem klimapolitischen Buhmann ist man deshalb bei den Kühen und im Bereich absurder Vergleiche angekommen. So verschafft beispielsweise die Verbraucherschutzorganisation foodwatch allen Vegetariern ein ruhiges Autofahrergewissen, indem festgestellt wird, dass mit dem Verzicht auf ein Kilogramm Rindfleisch aus biologischem Anbau so viel Treibhausgase eingespart werden, wie bei einer 113,4 Kilometer langen Autofahrt in einem BMW 118D emittiert werden. Und der Bauernverband gesteht zwar zu, dass eine Kuh pro Tag zwischen 200 und 400 Gramm Methan ausstößt, weiß aber auch, dass „ein Elefant . . . etwa 2.400 Gramm Methan am Tag erzeugt“ (5). So gesehen kann eine Großwildsafari zum angewandten Klimaschutz werden.

Richtig ist, dass Wiederkäuer signifikante Mengen Methan in unsere Umwelt entlassen. Und unbestritten ist auch, dass die Methanbelastung durch Wiederkäuer (6) eine weltweit wachsende Bedeutung besitzt und dass

die Problematik mit zunehmenden Tierbeständen immer größer wird. In Europa haben zwar die Rinderbestände in den letzten Jahren abgenommen (7), allerdings ist Europa in diesem Bereich zum Nettoimporteur geworden, was die Bilanzen schön.

Der Fleischkonsum, und zwar nicht nur der von Rind- oder Schaffleisch, hat zweifelsfrei eine Klimarelevanz. Bis zu zehn pflanzliche Kalorien werden benötigt, um eine Kalorie tierischen Ursprungs herzustellen. Logisch ist: wächst der Fleischkonsum, müssen mehr Futtermittel angebaut werden, was den Einsatz von Energie erfordert und andererseits den Ertragsdruck auf die endlichen landwirtschaftlichen Flächen erhöht. Da Europa mit seinem vergleichsweise hohen Fleischkonsum sowohl einen hohen Anteil seiner Futtermittel als auch seines Fleisches direkt importiert, bestimmt unser Speisezettel entscheidend die Art und Weise der landwirtschaftlichen Produktion und deren Klimabilanz nicht nur bei uns, sondern auch außerhalb von Europa.

Um auch zu diesem Themenkomplex die eher unverdächtigen Zahlen des BMELV sprechen zu lassen, soll ein weiteres Zitat aus dem der Agrarministerkonferenz vorgelegten BMELV-Bericht wiedergegeben werden: „Ein ganz wesentlicher Faktor ist der Anteil der Tierprodukte bei der Ernährung. Der weitaus größte Anteil der Emissionen fällt bei der Produktion und Verarbeitung von Milchprodukten (53 Prozent bei einem durchschnittlichen Konsum von 287 kg/Haushalt/Jahr) und Fleisch, insbesondere Rindfleisch (25 Prozent bei einem durchschnittlichen Konsum von 106 kg/Haushalt/Jahr) an. Auf Gemüse, das mit 31 Prozent (durchschnittlich 317 kg/Haushalt/Jahr) mengenmäßig den größten Anteil am Lebensmittelverzehr ausmacht, entfallen rund 10 Prozent der THG-Emissionen. Insofern beinhaltet die Zusammensetzung des Speiseplans das größte Einsparpotential. So wird geschätzt, dass mit einer fleischreduzierten Kost gegenüber einer Mischkost bis zu 27 Prozent, und mit einer vegetarischen Kost weitere 15 Prozent (das heißt: insgesamt bis zu 42 Prozent) der THG-Emissionen eingespart werden könnte. Weitere Einsparpotentiale werden gesehen durch den Verzehr von saisonalen Freilandprodukten (bis zu 5 Prozent), von regionalen Produkten (rund 5 Prozent), bei Änderung der Verzehrgeohnheiten durch Ökoprodukte (rund 6 Prozent) sowie durch den Verzicht auf Tiefkühlprodukte (rund 2 Prozent).“

Hieraus leitet das BMELV „für die Verbraucher folgende Empfehlungen für eine klimaschonende Ernährung [ab]:

- Mehr pflanzliche und weniger tierische Lebensmittel.
- Keine Produkte, die per Flugzeug importiert werden, möglichst regionale Lebensmittel.
- Saisonales Gemüse und Obst aus dem Freiland.
- Frische, gering verarbeitete Lebensmittel statt Tiefkühlware.

- *Energieeffiziente Haushaltsgeräte.*
- *Einkaufen zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen klimafreundlichen Verkehrsmitteln.*
- *Vermeidung von Lebensmittelverderb.“*

Und es wird resümiert, dass „*die Handlungsempfehlungen für eine klimafreundliche Ernährungsweise ... vollständig den Empfehlungen für eine gesunde Ernährung [entsprechen]. Ihre Umsetzung kann nicht nur negative gesundheitliche Folgen für die Betroffenen vermeiden, sondern auch hohe ernährungsrelevante Gesundheitskosten. So zeigt sich in diesem Fall eine hohe Zielkongruenz: eine gesunde Ernährung tut nicht nur den Menschen, sondern auch der Umwelt und dem Klima gut.*“ Leider leitet dasselbe BMELV für seine eigene Politik hieraus keine Handlungsempfehlungen ab.

Doch zurück zu der Frage, ob aufgrund dieser Fakten nun alle Kühe zur Guillotine getrieben werden sollten. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss stellt in seiner Stellungnahme zum Thema „Landwirtschaft und Klima“ fest, dass „*nicht nur die produzierte Fleischmenge, sondern auch die Art der Tierhaltung ... von Bedeutung [ist]. Fleisch und Milch können beispielsweise mit einer energieintensiven Weidewirtschaft gewonnen werden, bei der die Kühe während der Vegetationsperiode das Grünland nutzen, dessen Bedeutung für den Klimaschutz bisher unterschätzt wurde. Fleisch und Milch kann aber auch von Betrieben stammen, die mit hohem Energieinput arbeiten, auf Grünland verzichten und ihre Tiere vornehmlich mit Maissilage oder anderen energiereichen Ackerfutterpflanzen füttern.*“ Und so stellt sich nicht nur mit Blick auf foodwatch die Frage, wer denn bitte das klimapolitisch so wertvolle extensiv genutzte Grünland nutzen soll, wenn nicht die Raufutterverwerter?

Energieeinsatz in der Landwirtschaft

Der klimapolitisch so wichtige Vorteil der Landwirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen, dass sie nämlich Sonnenenergie direkt in nutzbare Pflanzenenergie umsetzt, wird umso geringer, je mehr Energie aus fossilen Energieträgern in den Produktionsprozess hineingesteckt beziehungsweise je weniger die pflanzlichen Produkte direkt vom Menschen genutzt sondern über „Veredlung“ in tierische Produkte umgewandelt werden.

Während beispielsweise ökologisch wirtschaftende Betriebe auf den Einsatz von industriell hergestellten wasserlöslichen Mineraldüngern und Pflanzenbehandlungsmitteln verzichten, verschlechtert deren Nutzung die Energie- und Klimabilanz der konventionellen Landwirtschaft.

Viele Vergleichsstudien zum Stoff- und Energiehaushalt in der Landwirtschaft, aber auch zur Kohlenstoffspeicherung machen deutlich, dass die ökologische Landwirtschaft durchschnittlich einen geringeren Energie- und Stickstoffinput benötigt als die konventionelle Landwirtschaft. Selbst wenn man einbezieht, dass die konventionelle Landwirtschaft durchschnittlich höhere Erträge erzielt, weist die ökologische Landwirtschaft ein geringeres Treibhauspotenzial auf (8). Deshalb sieht beispielsweise die Bundesregierung in Deutschland in der Förderung des Ökologischen Landbaus, man lese und staune, eine Unterstützung für mehr Klimaschutz (9)! Doch noch einmal: Konsequenzen für die eigene Agrarpolitik haben diese deutlich formulierten Erkenntnisse bislang nicht gehabt.

Dennoch ist langsam ein Umdenken selbst in jenen Kreisen erkennbar, die bislang unverdächtig waren, an der Erarbeitung ökologischer Denkansätze unmittelbar beteiligt gewesen zu sein. Der Energieinput in die Landwirtschaft wurde von den Agrarökonomern lange Zeit nicht als Problem gesehen, denn Energie stand extrem billig zur Verfügung. Wieso sollte man, wie im Ökologischen Landbau üblich, die natürliche Bodenfruchtbarkeit im Auge haben, wo doch billige chemische Produkte hohe Erträge sicherten? Doch nun, da die Energiepreise in die Höhe schnellen und Handelsdünger teuer wird, scheinen sich die Zeiten zu ändern. Der Bauernverband, hier der Rheinische Landwirtschafts-Verband

Folgerungen & Forderungen

- Es ist ein großer Erfolg der Umwelt-, Entwicklungs- und alternativen Agrargruppen, dass global eine kritische gesellschaftliche Debatte über die Rolle der Landwirtschaft (als Täter und Opfer) in der Klimapolitik begonnen hat.
- Der Klimaschutz erfordert eine Neuausrichtung der Agrarproduktion und -politik, aber auch der Verhaltensmuster der Verbraucher (v. a. hinsichtlich des Konsums tierischer Produkte). Ein „Weiter so“ darf es nicht geben.
- Die Reduzierung von Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft muss zu einem agrarpolitischen wie auch betriebswirtschaftlichen Ziel werden.
- Flächen, die noch über hohe Kohlenstoffvorräte verfügen wie Wälder, Moore oder Grünland, müssen erhalten werden und dürfen nicht in Ackerland umgewandelt werden.
- Auf allen politischen Ebenen (EU, Bund, Länder, Gemeinden) sind Förderinstrumente zu schaffen, die Anreize geben für eine am Schutz von Bodenkohlenstoff ausgerichtete Landnutzung. Beispiele für solche klimaverträglichen Nutzungsformen sind der ökologischer Landbau oder sogenannte Low-input-Produktionen wie die extensive Weidewirtschaft.

(RLV), bringt Stroh als Düngung und ausgeglichene Humusbilanzen in die Debatte. Und er betont, „eine noch stärkere Düngewirkung enthalte das Stroh, wenn es zur Einstreu verwendet und als Mist tierischer Herkunft auf dem Acker ausgetragen werde“ (10). Überglücklich war der gleiche Verband noch, als der nordrhein-westfälische CDU-Landwirtschaftsminister Uhlenberg nach dem Regierungswechsel die von der grünen Landwirtschaftsministerin Höhn eingeführte Festmistförderung aus dem dortigen Angebotskatalog der Zweiten Säule strich.

Energieeffiziente Bewirtschaftungsformen fördern

Die Möglichkeiten, die Treibhausgasemissionen und den Energieeinsatz in der Landwirtschaft massiv zu reduzieren, sind längst noch nicht ausgeschöpft. Eine Palette sinnvoller Vorschläge ist in den Amtsstuben bereits formuliert und weit mehr Möglichkeiten haben längst das Erprobungsstadium hinter sich gelassen, ohne wirklich breite Umsetzung erfahren zu haben. Der EWSA sieht deshalb „eine große Notwendigkeit, zukünftig besonders energieeffizienten Bewirtschaftungsformen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und stärker zu fördern. Dazu können der ökologische Landbau und sogenannte Low-input-Produktionen (wie zum Beispiel die extensive Weidehaltung) einen Beitrag leisten. Vielversprechende Ergebnisse haben Versuche im sogenannten „Mischkulturanbau“ ergeben. Dabei werden beispielsweise Getreidesorten auf ein und demselben Acker zusammen mit Leguminosen und Ölpflanzen angebaut, was zu stark verminderten Düngegaben und Pestizidaufwand führt, gleichzeitig aber auch die Biodiversität erhöht und den Humusaufbau fördert.“ Ein „Augenmerk [sollte] auf die Frage gelegt werden, welche Bedeutung der traditionellen Festmistwirtschaft beigemessen werden sollte. Ferner muss geklärt werden, ob die sogenannte Ganzpflanzenverwertung, wie sie im Rahmen der 2. Generation von Biokraftstoffen geplant ist, den Zielen des Humusaufbaus nicht eventuell abträglich ist.“

Nach und nach kommt also der Klimaschutz in der Landwirtschaft an. Die Abwehr- beziehungsweise Neuverteilungsschlachten haben aber erst begonnen. Eine Neuausrichtung der Agrarproduktion und -politik, aber auch der Verhaltensmuster der Verbraucher ist angesagt. Bauernverband und Agrarindustrie wollen – in unheimlicher Allianz mit der Mineralölwirtschaft – von solchen Veränderungen natürlich nichts wissen, für sie ist die Welternährungs- wie auch die Energiefrage eher ein Argument, den brutalen Wachstumsweg, der weltweit Millionen von bäuerlichen Existenzen vernichtet und Umweltzerstörungen verheerenden Ausmaßes bewirkt

hat, fortzusetzen. Der derzeit ausgetragene Kampf gegen die Biokraftstoffstrategie dürfte somit erst der Kristallisationspunkt einer neuen agrarpolitischen Auseinandersetzung sein, die die politische Debatte der kommenden Jahre prägen wird.

Anmerkungen

- (1) Die EU-Staats- und Regierungschefs sind sich der Tatsache bewusst, dass die THG-Emissionen bis zum Jahr 2050 in den Industriestaaten um 60 bis 80 Prozent reduziert werden müssen. Als Zwischenschritt haben sie sich darauf verständigt, in der EU die THG-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu verringern. Deutschland geht also mit dem Regierungsbeschluss über dieses Ziel hinaus und nimmt damit durchaus eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz in der EU ein.
- (2) BMELV: Potenzieller Beitrag der deutschen Landwirtschaft zu einem aktiven Klimaschutz, interner Bericht des BMELV zum Tagesordnungspunkt 24 der Amtschef- und Agrarministerkonferenz vom 24. bis 26. September 2008 in Meißen.
- (3) Es sind vornehmlich die Methan- und Lachgasemissionen (CH₄ und N₂O), die klimapolitisch im Bereich der Landwirtschaft betrachtet werden müssen. Die Landwirtschaft in Europa ist für etwa 40 Prozent der gesamten CH₄- und N₂O-Emissionen verantwortlich, und diese sind besonders klimarelevant: Das Treibhauspotenzial eines Lachgasmoleküls ist circa 296-mal, das eines Methanmoleküls rund 23-mal so groß wie das von CO₂. Um allerdings eine Vergleichbarkeit herzustellen, werden diese Emissionen entsprechend in sogenannte CO₂-Äquivalente (CO₂äq) umgerechnet.
- (4) BMELV, a.a.O., S. 6.
- (5) Presseinfo des DBV vom 25. August 2008.
- (6) Circa 3,3 Milliarden Tonnen CO₂äq pro Jahr.
- (7) Rinderbestand weltweit: 1.297 Millionen Tiere (1990), 1.339 Millionen Tiere (2004), EU (25): 111,2 Millionen Tiere (1990), 86,4 Millionen Tiere (2004), China: 79,5 Millionen Tiere (1990), 106,5 Millionen Tiere (2004).
- (8) Siehe unter anderem Schwerpunktheft „Klimaschutz und Ökolandbau“ in: Ökologie & Landbau, Heft 1/2008.
- (9) Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen zum Thema „Landwirtschaft und Klimaschutz“, Drucksache 16/5346, Ziffer 13.
- (10) AGRA-Europe 34/08 vom 18. August 2008, Kurzmeldungen 1.

Autor

Lutz Ribbe
 Naturschutzpolitischer Direktor der Euro-
 Natur Stiftung.

Grabenstr. 23
 53359 Rheinbach/Bonn
 E-Mail: lutz.ribbe@euronatur.org
 www.euronatur.org

